

Zu Besuch bei der „Kulturellen Widerstands Part(y)ie“ in Gorleben



Oben: die Partiemeile in Gorleben. Links unten: das Motto. Rechts unten: Als die Tore offen waren gab es kein halten, alle wollten rein. Bilder: Publixviewing



Unser Stand auf der Kulturellen Widerstands Part(y)ie, Bild: Hami

Zum wiederholten Male hat sich die Castor AG der Kuhlen Wampe an den Widerstandsaktionen der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. gegen den Transport und die Einlagerung von Atommüll beteiligt.

hens, dem „Wunde(r)punkt“, einzuladen und sie mit dem Thema Atommüllzwischenlagerung, Transport und Erkundungslager zur Einlagerung von Atommüll zu konfrontieren.



In diesem Jahr hat die BI zu einer großen Widerstandsparty im Zusammenhang mit der „Kulturellen Landpartie“, die alljährlich im Landkreis Lüchow-Dannenberg zwischen Himmelfahrt und Pfingsten stattfindet, eingeladen. Ziel und Zweck der Party war es, die BesucherInnen der KLP zum Ort des Gesche-

Wir Mitglieder der Kuhlen Wampe beteiligten uns mit einem Infostand des Verbandes der Kuhlen Wampe und halfen beim Ausschank von Getränken. Seit vielen Jahren sind wir im Wendland aktiv. Unsere Mitglieder sind Teil der BI und/oder pflegen intensiven Kontakt mit Mitgliedern der BI, haben unterschiedlichste Freundschaften mit BewohnerInnen des Landkreises geschlossen und werden immer wieder gefragt, ob wir uns an den vielfältigen Aktionen im Zusammenhang mit den Atommülltransporten und dessen Lagerung beteiligen. Sie wissen, dass wir zuverlässige PartnerInnen sind und werden jedesmal freudig begrüßt.

DIE PARTY WAR RUNDHERUM EIN GELUNGENES FEST!

Nicht nur wir, sondern auch weitere ca. 8000 BesucherInnen genossen die gute vielfältige Musik und diverse Theateraufführungen, die vielen Infostände, die kulinarischen Köstlichkeiten und den Wunde(r)punkt der Kulturellen Landparty, wohin einige Ausstellungen verlegt wurden. Auch dieses Mal sind unvorhergesehene Dinge geschehen: Manche BesucherInnen hatten das Bedürfnis den Zaun zum Erkundungsbergwerk zu überwinden und unseren Forderungen nach der Aufgabe dieses Standortes Nachdruck zu verleihen. Es wurden einige Parolen gesprayed und ein paar Feuerwerkskörper wegen des Festcharakters abgefeuert, welche farbenfroh über der Anlage erstrahlten. Unser Infostand wurde sehr gut wahrgenommen und wir führten die unterschiedlichsten Gespräche mit Interessierten.

Wir kommen wieder keine Frage!
Ruth,
KW Göttingen



Es gibt kein Endlager.

Der geplante Endlagerstandort in Frankreich, nahe des kleinen Dörfchens Bure in Lothringen, hat einige Gemeinsamkeiten mit dem einzigen bisher in der Bundesrepublik Deutschland namentlich genannten geplanten Endlagerstandort Gorleben.

Verschlafene Ecken haben sich die Regierungen beider Länder für ihr wissenschaftlich unhaltbares Unterfangen ausgesucht, Atommüll tief in ein zuvor gebuddeltes Loch zu versenken und sich so angeblich der Problematik zu entledigen. Wie auch in Deutschland jahrzehntelang keine Öffentlichkeit beteiligt wurde, wird nun auch in Frankreich versucht, eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu simulieren. Beispielsweise durch Informationsveranstaltungen, auf denen zwar informiert wird, aber keinerlei Mitspracherechte für BürgerInnen eingeräumt werden, geschweige denn Klagemöglichkeiten im Verfahren festgeschrieben wären.

nen, Seminare, Camps, Aktionsgemeinschaften, all das findet zwischen Bure und Gorleben seit vielen Jahren statt.

Beide Regionen haben die Erfahrung gemacht, belogen worden zu sein und sich am Besten selbst um die Notwendigkeiten zur Verhinderung der gesellschaftlich ungemein unnützen, gefährlichen und giftigen Projekte zur Wehr setzen zu müssen, das Anliegen nicht der Politik zu überlassen, sondern diese bestenfalls zu zwingen, von den unrealistischen Plänen Abstand zu nehmen. Wie in Gorleben, wurde auch in Bure viel Geld in die Kommunen gesteckt, um Zustimmung zu erkaufen. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat sich von dieser Praxis emanzipiert, bis auf die direkte Gemeinde Gorleben und Samtgemeinde Gartow will niemand mehr das Schmiergeld erhalten, mit dem Krebstote und -kranke als „nationale Verantwortung“ entschädigt werden. Wie in Gorleben, wurden auch in Bure bereits mehr als 1,6 Milliarden Euro in die Erde versenkt, hauptsächlich zu Forschungszwecken (Frankreich) und Erkundungszwecken (Deutschland). Dass nun fast fertige, zukünftig einfach her-



Kerstin Rudek
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.



Oben: Widerstand in Bure, Links: Delegation
www.sortiredunucleaire.org. Fotos: Gorleben365



Bure hat ein Widerstandshaus. Wechselnde Belegschaften bewirtschaften und bewohnen den Knotenpunkt des landesweiten und internationalen Protestes und Widerstands gegen das ungeeignete und unverantwortliche Endlagerprojekt in Tongestein. Durch die relative Grenznähe zu Deutschland in etwa 100 km haben sich ein länderübergreifender Austausch des Protestes und gemeinsame Diskussionen und Aktionen etabliert. Gegenseitige Besuche der Regio-

zurichtende atomare Endlager geschaffen wurden, stimmt zumindest nachdenklich.

Eine weitere Parallele ist die gesetzliche Festschreibung vom Umgang mit atomaren Abfällen in beiden Ländern. Ende Juli dieses Jahres wurde in Frankreich unter dem Deckmantel von „Wachstum, Wirtschaftsförderung und wirtschaftliche Chancengleichheit“ ein Gesetz von der Nationalversammlung verabschiedet, das ur-

sprünglich vorgesehene anspruchsvollere Genehmigungsverfahren für das Atommüllendlager Bure in großen Teilen umgeht. In Deutschland wurde ein Endlagersuchgesetz verabschiedet, anschließend eine Endlagersuchkommission eingesetzt, deren Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der Atomlobby die Ergebnisse vorausahnen lassen. Darüber hinaus kann diese Endlagersuchkommission Vorschläge unterbreiten, muss aber nicht Eingang in die bereits bestehende Gesetzgebung finden. Darin





Besuch aus Frankreich vor dem Erkundungsbergwerk, Bild: Gorleben365

enthalten sind die Begriffe „ergebnisoffen“, „weiße Landkarte“ und „Gorleben“.

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg hat es mehrfach Versuche gegeben, eine gesellschaftlich für die Legitimation notwendige und juristisch erforderliche Einbeziehung der regionalen kritischen AkteurInnen zu erwirken. Den so genannten Gorleben – Dialog unter dem damaligen Bundesumweltminister Röttgen im Jahre 2011 kommentieren die WendländerInnen mit geschlossener Nichtteilnahme und dem Fazit: „Er log, sie log, Dialog“. In Bure wurde 2013 eine „öffentliche Debatte“ ins Internet verlegt, um dem Zorn der ProjektgegnerInnen zu entkommen.

Der Ausblick, den beide Regionen in die Zukunft werfen: es lohnt sich, zu streiten,

für bessere, nicht billigere Lösungen. Die Atomwirtschaft hat Jahrzehntlang den Atomdreck produziert, sicher nicht nur zur Energiegewinnung, sondern staatlich gefördert auch zur weltweiten Plutoniumherstellung für Atombomben. Nun will sich diese Atomindustrie leise und billig ihrer 40.000 Generationen lang strahlenden giftigen Überreste entledigen. Auch wenn wir nie Atomkraft wollten, immer vor Atom Müll und dessen Unbeherrschbarkeit gewarnt haben, müssen wir nun aufpassen, wie die Schießhunde, dass Politik (welche/r Abgeordnete will schon ein „Endlager“ in seinem oder ihrem Wahlkreis?) und Atomwirtschaft („es gibt keinen bestmöglichen Standort, wir machen das technisch sicher“) nicht irgendeine absolut unverantwortliche Dauerlösung für den Atom Müll

anstrebt, nicht zuletzt, um weiter Atomkraft betreiben zu können.

Unsere Aufgabe sehe ich zunächst nicht darin Lösungen aufzuzeigen, sondern das Dilemma zu betonen. Es gibt keine sichere Atommüllverwahrung. Es wird immer Tote und Kranke geben, es kann zu unvorstellbaren Unfällen kommen, die Asse führt uns das täglich vor Augen, wie der in ihr absauende Atommüll angeblich nicht geborgen werden kann.

Wir setzen auf Völkerverständigung, auf gemeinsamen Widerstand. Wir tauschen Erfahrungen, Ideen, Perspektiven im Umgang mit den skrupellosen Personen und Institutionen aus, genau so wie die mit Sicherheit weiter notwendigen Strategien von Protest und Widerstand.

Wir haben schon viel verhindert, viel erreicht, jetzt gilt es, die gesellschaftliche Debatte um den Umgang mit Atommüll weiter anzufachen.

Dabei ist unseren französischen MitstreiterInnen am Schwester- Endlager- Standort Bure wie auch uns selbst zu wünschen:

Niemals aufgeben!!

*Kerstin Rudek,
es wird ein Lächeln sein, das sie besiegt.
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.*

Niemand hat die Absicht, in Gorleben ein Atommüllendlager zu errichten!? Oder: Auf Umwegen zum Ziel

Das Telefon im BI-Büro klingelt. Wieder jemand, der uns beglückwünscht. Wer hätte das gedacht, dass wir den Kampf um Gorleben doch noch gewonnen haben. Wie bitte? Ja, es rollt doch kein Castor mehr nach Gorleben und das Endlagerbergwerk wird eingemottet. Liegt denn da schon Atommüll drin?

Nein, da liegt kein Atommüll drin.

Dass kein Castor mehr nach Gorleben rollen soll, das könnte sein. Tatsächlich wurde in das Atomgesetz dahin gehend verändert, dass die restlichen 26 Castor-Behälter mit verglasten hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im französischen La Hague und dem britischen Sellafield jetzt an Zwischenlager verfrachtet werden sollen, die an einem Atomkraftwerk errichtet wurden.

Darüber ist ein unglaublicher Streit entbrannt und der Streit ist noch nicht entschieden...

WIR LIEGEN AUF DER LAUER.

Eindeutig falsch liegen hingegen diejenigen, die uns – schon jetzt – beglückwünschen, wenn es um das Ende des Endlagers im Salzstock Gorleben geht. Ja, wir können

ein wenig stolz sein, dass es ein erneutes Moratorium in Gorleben gibt. Vielleicht sollen sogar die festungsähnlichen Mauern mit dem Nato-Draht zurück gebaut werden. Aber unter Tage bleibt im Kern alles wie es ist: zwei Schächte, Verbindungsstrecken. Alles auf Stand-by mit Wartung und das im doppelten Wortsinn: Man wartet, ob und wie es mit Gorleben weitergeht.

Darüber redet zur Zeit die Endlagerkommission in Berlin. Das Standortauswahlgesetz (StandAG), was die Grundlage für den viel gepriesenen "Neustart" der Endlagersuche bildet, hat – das wissen nicht viele Leute – ein besonderes "Gorleben-Kapitel". Gorleben ist überhaupt nicht raus, sondern voll im Rennen und soll bestenfalls mit anderen Standorten verglichen werden. Gerungen wird vordergründig um

darin mitwirkten, Gorleben als Endlager zu realisieren, füllt natürlich Bände, hier nur zwei Beispiele.

1. Dr. Bruno Thomauske sitzt in der Endlagerkommission und hält die Gorleben-Fahne hoch. Er ist Physiker und arbeitete von 1983 bis 2003 bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). In dieser Zeit war er als Abteilungsleiter und Fachbereichsleiter



Wolfgang Ehmke, Pressesprecher
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.



Schüler aus dem Wendland, Bild: Publixviewing

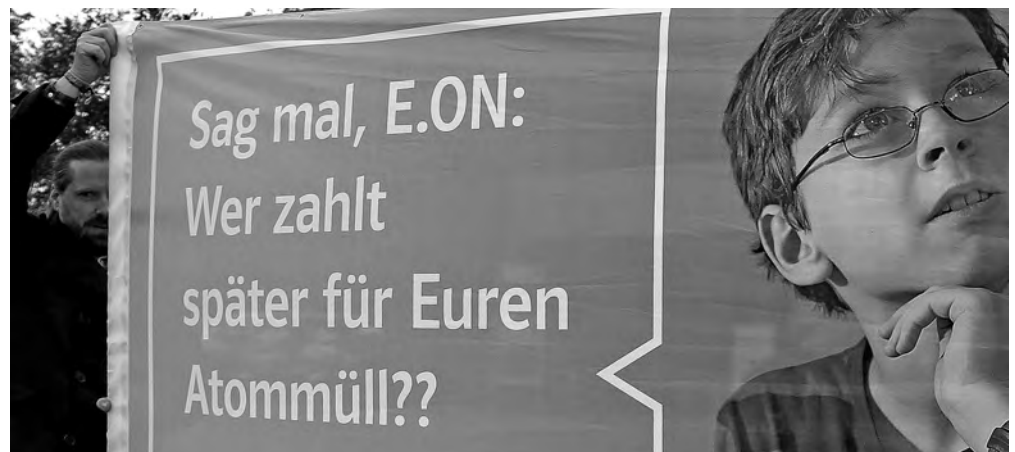
Endlagerkriterien, hintergründig geht es so manchem in der Kommission und in der Politik darum, Gorleben im Spiel zu halten und dann sagen zu können, die Experten haben alles geprüft, tut uns Leid, der Standort bleibt im Rennen...

WIR HABEN UNS DESHALB GEWEIGERT, DIE BRETTER DES MITMACHTHEATERS IN BERLIN ZU BETRETEN.

Wir haben weiter demonstriert – vor den Sitzungen der Kommission oder wie im Mai, wo Tausende zur Widerstandsparty(ie) nach Gorleben kamen. Jeden Sonntag umkreisen Unverzagte die Mauern des Erkundungsbergwerks Gorleben. Jeden Sonntag versammeln sich im Anschluss Gläubige und Nichtgläubige zum Gorlebener Gebet. Wir machen weiter! Denn wir haben uns genau angeguckt, wer da in der Kommission das Sagen hat. Da fehlt uns jedes Vertrauen! Die Kommission spricht am Ende nur Empfehlungen aus und die politischen Parteien entscheiden.

Die Kontinuität von Personen und Institutionen, die in den letzten Jahrzehnten

für Endlagerprojekte direkt mit Gorleben befasst. Nach seiner Arbeit im BfS wurde er technischer Geschäftsführer bei der Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH. Aufgrund mehrerer Störfälle in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel zog die Vattenfall personelle Konsequenzen und entließ Thomauske. Heute hat Thomauske eine Universitätsprofessur an der RWTH Aachen inne, die von RWE finanziert wird. Er arbeitete mit an der "Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben" (VSG). Ihm wird der Satz zugeschrieben: "Ein Endlager sucht man nicht, man baut es."



Plakat, Bild: Publixviewing

Don't nuke the climate

Im Dezember findet in Paris wieder ein Weltklimagipfel statt. Da wird Umweltpolitik gemacht. Das Kyoto-Protokoll läuft aus. Darin war festgeschrieben, Atomkraft ist keine Option zum Klimaschutz. Wir haben berechtigte Sorgen, dass im neuen Klimaprotokoll Atomkraft wieder zum Klimaschützer erklärt werden könnte. Deshalb sind wir Teil einer internationalen Kampagne "Don't nuke the climate", wir wollen auf der Demonstration gegen den Weltklimagipfel am 12.12.2015 in Paris in einem Anti-Atom-Block mit mindestens 10.000 Menschen, vielen Bannern und Fahnen das Thema Anti-Atom sichtbar machen. Seid dabei, kommt mit uns nach Paris, in die Stadt der Liebe und Revolution!!

Aus dem Wendland fährt ein Reisebus. Wir haben Zimmer in Paris gemietet.

Infos und Anmeldung:

www.bi-luechow-dannenberg.de/paris

Bereits 2004 hatte Bruno Thomauske in der Zeitschrift „Atomwirtschaft“ eindeutig erklärt, dass zur Eignungsbewertung keine weiteren Erkundungsarbeiten mehr notwendig seien: „Der Eignungsnachweis, ob der



Oben mitte und unten: Auf der KLP Aktion Widerstandspart(y)ie, Greenpeace Beluga zu Besuch. Bilder: Publixviewing

Standort für hochradioaktive, wärmeentwickelnde Abfälle geeignet ist, könnte schon heute erfolgen.“ (zitiert nach BT-Drucksache 17/6639 der Fraktion Die Grünen).

2. Alle geowissenschaftlichen Aussagen zu Gorleben trifft die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), eine Behörde, die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums weisungsgebunden arbeitet. Die BGR arbeitet u.a. zusammen mit der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, der Tochter der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE), der DBE Tec und dem Thomauske-Institut, der "nuclear safety engineering international (nse) GmbH", eine eigens für die Analyse geschaffene Firma, an der VSG. In einer Vorstudie (Isibel, 2010) kam die BGR, die von Anbeginn für die Endlagerung in Salzgestein plädierte, zu Gorleben zu folgendem empörenden "Schluss": "Trotz der noch nicht abgeschlossenen Erkundung des Erkundungsbereiches 1 (EB 1) kann nach den bisherigen Untersuchungen festgestellt werden, dass aus geowissenschaftlicher Sicht keine Erkenntnisse aus dem Salinar gegen die langzeitsicherheitliche Eignung des Salzstocks Gorleben für die Endlagerung radioak-



tiver Abfälle vorliegen. Das ungeklüftete und ungestörte Hauptsalz der Staßfurt-Folge wird, wie bereits aufgrund der Auswertung der übertägigen Erkundungsbohrungen prognostiziert, in ausreichendem Maß als potenzielles Wirtsgestein für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zur Verfügung stehen."

Wir haben das Spiel durchschaut: Da wurde "gute" Vorarbeit geleistet, um Gorleben – auf dem Papier und auf der Ebene der Behörden – als geeignet erscheinen zu lassen. Maßgebliche Kreise arbeiten weiter an der Realisierung Gorlebens.

Deshalb geht der Widerstand weiter. Wir laufen solange um das Bergwerk herum, bis das Telefon im BI-Büro klingelt und jemand sagt, habt ihr schon gehört? Ihr habt gewonnen. Gorleben soll leben!

Wolfgang Ehmke, Pressesprecher
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.



Frankreich baut weltweit erstes Endlager Letzte Ruhestätte für Atommüll

Nahe der deutsch-französischen Grenze soll das erste Endlager für Atommüll gebaut werden. In Deutschland reagiert man irritiert.

Das weltweit erste Endlager für hochradioaktiven Atommüll wird wahrscheinlich im lothringischen Bure gebaut – der Ort liegt rund 120 Kilometer von der deutsch-französischen Grenze entfernt. Das hat, zunächst von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, Anfang Juli die Nationalversammlung in Paris entschieden. Erst allmählich regt sich in beiden Ländern Protest.

Eigentlich soll das auch unter den regierenden Sozialisten schwer umstrittene und von Premierminister Manuel Valls mit einem Misstrauensvotum verknüpfte Gesetz die Wirtschaft liberalisieren. Es sieht unter anderem Lockerungen der Ladenöffnungszeiten und eine Ausweitung der Sonntags- und Nachtarbeit vor. Im Fernverkehr wird das Monopol der französischen Staatsbahn aufgebrochen. Erst kurz vor der dritten und abschließenden Lesung im Parlament wurde dem Gesetz ein weiterer Artikel zugefügt, der die Lagerung der heißen, stark strahlenden Abfälle regelt – eben in Bure, wo bereits seit 1994 unter Tage mit Atommüll experimentiert und hantiert wird.

Geplant ist demnach, dass der Bau des Endlagers 2017 und die Einlagerung 2025 be-

ginnt. Endgültig gefallen ist die Entscheidung darüber zwar noch nicht, weil die französische Entsorgungsbehörde **Andra** erst noch einen formellen Genehmigungsantrag stellen muss.

... ENTSCHEIDUNG FÜR BURE SEI UNDEMOKRATISCH ERFOLGT ...

Die Zeitung Le Monde sieht das Vorhaben durch das Gesetz allerdings weitgehend in trockenen Tüchern. Als erster protestierte Mitte Juli der lothringische Regionalratspräsident Jean-Pierre Masseret. Die Entscheidung für Bure sei undemokratisch erfolgt, bemängelte er. Schon schärfer fällt die Kritik des saarländischen Umweltministers Reinhold Jost (SPD) aus. Sie klammheimlich auf den Standort Bure festzulegen und diesen Beschluss in einem Gesetz zum Wirtschaftswachstum zu verstecken, düpiere nicht nur die französischen Bürger, sondern alle Menschen in der Großregion.

Endlager im atomaren Dreieck Der Landtag in Saarbrücken sprach sich in einer einmütigen Resolution dafür aus, dass im weiteren Genehmigungsverfahren für Bure die Öffentlichkeit eingebunden wird. Die dort vertretenen Parteien bewerten die Nacht- und Nebelaktion in Paris aber unterschiedlich. Die Linken-Abgeordnete Dagmar Ensch-Engel sagte, ein Endlager in Lothringen komplettiere das wohl gefährlichste atomare Dreieck in Europa. Schon die Pan-



Reimar Paul
Freier Journalist (bekannt aus:
Neues Deutschland, Junge Welt, TAZ)

nenreaktoren in Cattenom, Tihange und Fessenheim machten Angst.

... DAS WOHL GEFÄHRLICHSTE ATOMARE DREIECK IN EUROPA ...

Linke und Grünen forderten die, im Saarland regierende Große Koalition auf, in der Sache in Berlin und Paris vorstellig zu werden. Roland Theis von der CDU wies den Vorwurf zurück, das Saarland habe sich nicht um Bure gekümmert. So seien zusätzliche Tests, die so genannte industrielle Vorphase, eine Forderung des Bundeslandes gewesen, die von den französischen Behörden umgesetzt wurde.

Auch das Bundesumweltministerium hat sich inzwischen zu Wort gemeldet. Es verlangt von Frankreich Aufklärung über die genauen Endlager-Pläne. Zugleich betonte eine Sprecherin, die französische Regierung entscheide souverän über das Vorhaben. Sie müsse nach EU-Recht aber die Anrainerstaaten an einer Umweltverträglichkeitsprüfung beteiligen.

Das Umweltministerium wolle das Thema auch in der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen zur Sprache bringen. Zweck des 1976 ins Leben gerufenen Gremiums ist allerdings im Wesentlichen der gegenseitige Informationsaustausch über Atomkraft- und Strahlenschutzfragen.

Reimar Paul



Besuch aus Frankreich in Gorleben, Bild: gorleben365